

235960-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Sanierung und Umbau Verbandswerkhof Schönau im Schwarzwald - TA ELT
OJ S 72/2025 11/04/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Schönau im Schwarzwald

E-Mail: info@schoenau-im-schwarzwald.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Sanierung und Umbau Verbandswerkhof Schönau im Schwarzwald - TA ELT

Beschreibung: Gegenstand des Verfahrens sind Planungsleistungen Technische Ausrüstung ELT nach HOAI 2021 für die Sanierung und den Umbau des Verbandswerkhofs in Schönau im Schwarzwald

Kennung des Verfahrens: ba0d8b8c-fc3c-47b7-9a30-81fab8dff4fa

Verfahrensart: Offenes Verfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Schönau im Schwarzwald

Postleitzahl: 79677

Land, Gliederung (NUTS): Lörrach (DE139)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die Abgabe kann ausschließlich elektronisch über das Vergabeportal erfolgen. Hierzu ist eine kostenfreie Registrierung auf dem Vergabeportal erforderlich bzw. eine Anmeldung mit der bereits vorhandenen Kennung. Eine Abgabe in Papierform, per E-Mail oder Fax ist nach den Vergabebestimmungen nicht zulässig. Mit dem Teilnahmeantrag sind das Honorarangebot sowie die Unterlagen zum Nachweis der Eignung und zur Auswertung der Zuschlagskriterien einzureichen bzw. entsprechende Angaben zu machen. Wertungsrelevante Nachweise und Angaben sind zwingend mit dem Teilnahmeantrag einzureichen und können nicht nachgereicht werden. Weitere Unterlagen über die verlangten Erklärungen, Nachweise und Referenzen hinaus sind nicht erwünscht und werden bei der Wertung nicht berücksichtigt. Die Unterzeichnung des Antrags kann entweder

mit qualifizierter oder fortgeschrittener Signatur oder in Textform nach § 126b BGB zu erfolgen, dies gilt als Unterschrift für alle Anlagen. Für die Unterschrift in Textform ist nur der Name des Bewerbenden, der das Angebot bzw. den Teilnahmeantrag einreicht, an der dafür vorgesehenen Stelle in den Unterlagen anzugeben. Eine elektronische Signatur ist grundsätzlich nicht erforderlich. Enthalten die Teilnahmeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er den Auftraggeber vor Abgabe der Bewerbung darauf hinzuweisen. Fragen sind in Textform bis spätestens 16.05.2025 12:00 Uhr über das Vergabeportal unter "Bieterkommunikation" an die Vergabestelle einzureichen. Die Fragen werden in Abhängigkeit von der technischen und/oder (vergabe)rechtlichen Komplexität baldmöglichst anonymisiert beantwortet. Die entsprechenden Antworten werden im Bereich „Vergabeunterlagen“ eingestellt und sind für alle Bewerber einsehbar. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Informationen bei der Erstellung Ihres Angebots berücksichtigt werden. Auskünfte und Informationen werden nur im Falle einer vorherigen Registrierung an die E-Mail-Adresse versandt, die Sie bei der Registrierung im System hinterlegt haben. Wir empfehlen Ihnen daher, eine Registrierung mit einer zentralen E-Mail-Adresse bzw. eine Vertretungsberechtigung einzurichten. Vom Teilnehmer ist sicherzustellen, dass bei einer Registrierung eine gültige E-Mail-Adresse hinterlegt ist. Weitere Informationen zur Bedienung des Systems finden sich im Vergabeportal im Bereich „Bedienungsanleitungen“. Bei Fragen zur Bedienung des Systems können Sie sich gerne an die technische Hotline von subreport wenden: 0221 985 78-0. Es wird darauf hingewiesen, dass das Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden- Württemberg (LTMG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch bei dem Einsatz von Nach- und Verleihunternehmen, sind daher zu beachten.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Falsche Angaben, verweigerter Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Gemäß § 122 Abs. 1 GWB dürfen öffentliche Aufträge nur an geeignete Unternehmen vergeben werden, die nicht aufgrund der in § 123 und §124 GWB beschriebenen Gründe ausgeschlossen wurden. Zwingende Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB liegen beispielsweise vor, wenn eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt wurde (z.B. wegen Bildung krimineller oder terroristischer Vereinigungen, Geldwäsche, Betrug, Bestechlichkeit, Nichtzahlung von Steuern, Abgaben oder Sozialversicherungsbeiträgen, usw.). Fakultative Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB liegen vor, wenn beispielsweise bei der Ausübung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde, ein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet wurde, nachweislich eine schwere Verfehlung begangen wurde (z.B. Unterschlagung, Erpressung), Wettbewerbsbeschränkende Absprachen mit anderen Unternehmen getroffen wurden, usw. Von einem Ausschluss kann abgesehen werden, wenn ein Nachweis der erfolgreichen Selbstreinigung gemäß § 125 GWB vorliegt. Dafür muss das Unternehmen aktiv und umfassend an der Sachverhaltsaufklärung mitwirken, eine Schadenswiedergutmachung betreiben und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass vergleichbare Rechtsverstöße in Zukunft vermieden werden.

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Planung TA ELT für Sanierung und Umbau Verbandswerkhof Schönau im Schwarzwald
Beschreibung: Gegenstand des Verfahrens sind Planungsleistungen Technische Ausrüstung ELT nach HOAI 2021 für die Sanierung und den Umbau des Verbandswerkhofes in Schönau im Schwarzwald. Kurze Beschreibung der Ausgangslage: Im Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald haben fünf von neun Verbandsgemeinden (die Stadt Schönau im Schwarzwald sowie die Gemeinden Aitern, Böllen, Tunau und Wembach) beschlossen, einen gemeinsamen Verbandswerkhof zu betreiben. Im Vorfeld wurde hierzu eine Machbarkeitsstudie erstellt. Der Raum-/Platzbedarf sowie die Raumaufteilung wurde mit dem zukünftigen Nutzer abgestimmt und dem Gemeinderat der Stadt Schönau im Schwarzwald vorgestellt. Grundstück: Das Grundstück (Flurstück 58) befindet sich am östlichen Ortsrand der Stadt Schönau. Die Zufahrt zum Werkhofareal erfolgt von der Wiedlestraße aus. Südwestlich des Gebäudes befindet sich ein Regenüberlaufbecken, das nicht überbaut werden darf. Süd-östlich des Grundstücks verläuft der Fluss „Wiese“. Das Grundstück ist vom HQ100 nicht betroffen. Gebäude: Das vorhandene Werkhofgebäude soll entsprechend den neuen Erfordernissen saniert, umgebaut und erweitert werden. In dem Gebäude sollen zukünftig der gemeinsame Werkhof sowie das gemeinsame Wasserwerk untergebracht werden. Dazu sind die Verwaltungs- und Sozialräume entsprechend anzupassen. Die Halle soll umgebaut und erweitert werden. Zusätzlich ist eine Dachenerweiterung vorgesehen. Die neben dem Werkhof gelegene offene Überdachung ist zu sanieren und zu erhöhen. A Verwaltungs- und Sozialräume, BGF ca. 188 m², Höhe ca. 4,50 m, BRI ca. 848 m³, B Halle (kalt), BGF ca. 330 m², Höhe ca. 4,50 m, BRI ca. 1.484 m³, B1 Erweiterung Halle (kalt), BGF ca. 73 m², Höhe ca. 4,50 m, BRI ca. 330 m³, B2 Erweiterung Dach, BGF ca. 73 m², Höhe ca. 4,50 m, BRI ca. 330 m³, C Carport, BGF ca. 164 m², Höhe ca. 2,70 m, BRI ca. 444 m³, Das neue Werkhofgebäude kann an das vorhandene Nahwärmenetz sowie an das Glasfasernetz angebunden werden. Die Planungsleistung wird der Honorarzone III zugeordnet. Das Architekturbüro Werkgruppe Freiburg Miller & Glos PartmbB aus Freiburg hat 2024 eine Machbarkeitsstudie erstellt. Zur Sanierungsplanung zugrunde gelegt werden soll ausschließlich die Variante 5. Diese wird in der 2. Stufe des Verfahrens zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus liegt eine Schadstoffuntersuchung vor, die ebenfalls mit der 2. Stufe des Verfahrens zur Verfügung gestellt werden soll. Aus der Machbarkeitsstudie wurden vorläufige Kosten über die Kostengruppen 300 + 400 von rund 1,1 Mio. Euro brutto generiert. Förderprogramm Es ist beabsichtigt, für die Sanierung des Verbandswerkhofs Fördermittel zu beantragen. Termine - vorläufig Planungsbeginn im Anschluss an die Beauftragung im Herbst 2025 Einreichung Bauantrag bis Ende 2025 Baubeginn Frühjahr 2026 Fertigstellung Ende 2028 Die weitere Terminierung erfolgt in Abstimmung mit dem Büro, das für die Planungsleistungen Technische Ausrüstung ELT ausgewählt wird.

Interne Kennung: 174d

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Gegenstand des Vergabeverfahrens ist die Planung der Technischen Ausrüstung ELT in den Leistungsphasen 1 bis 9 gem. § 55 HOAI, sowie die

besonderen Leistung Überwachung der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist. Die Beauftragung soll mit Abschluss des Vertrages wie folgt sukzessive optional erfolgen:
Leistungsphase 1 bis 3 Leistungsphase 4 bis 9 sowie die besondere Leistung Überwachung der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsphasen besteht nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Schönau im Schwarzwald
Postleitzahl: 79677
Land, Gliederung (NUTS): Lörrach (DE139)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 40 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Zugelassene Unternehmensformen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Verfahren zugelassen sind Einzelunternehmen, GbR, GmbH, Bergbauergemeinschaft oder andere mit Angabe der Nr. der Eintragung in einem öffentlichen Register und Registergericht oder Genehmigungsbehörde falls zutreffend.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Nachweis des besonderen Berufsstandes gem. § 75 (1) und (3) VgV

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Nachweis des besonderen Berufsstandes, § 75 (1) und (3) VgV:

Teilnahmeberechtigt sind natürliche und juristische Personen, die die geforderten fachlichen Anforderungen an die Planungsleistung erfüllen. Es gelten folgende fachliche Anforderungen für die Planungsleistungen: Bei natürlichen Personen gilt die fachliche Anforderung als erfüllt, wenn ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstiger Befähigungsnachweis vorgelegt werden kann, die berechtigen, in der Bundesrepublik Deutschland als Planer_in im Bereich TA, ELT tätig zu werden. Die Qualifikation kann vom Projektteam erfüllt werden oder einer anderen Person des Unternehmens, das die Planungsleistungen ausführt. Die Qualifikation kann nicht über eine Eignungsleihe erbracht werden. Juristische Personen sind nur zugelassen, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen und wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen benennen, der die zuvor genannten

Zulassungsvoraussetzungen erfüllt. Nachweis bei Bewerbern mit Sitz in einem EU-Staat durch Vorlage des nach dem Recht des Herkunftsstaates des Bewerbers maßgeblichen Dokuments gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates.
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Erforderliche Angaben und Nachweise

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Nachweis der Eignung des Unternehmens bzw. der Bergewergemeinschaft wird anhand der nachfolgend geforderten Erläuterungen und Nachweise geprüft. 1. Angaben zum Bewerber (Name und Rechtsform des Unternehmens, Vertretung, Kontaktdaten). 2. Erklärung zur Zusammensetzung bei einer Bewerber-/Bietergemeinschaft (§ 43 VgV). 3. Erklärung zu vorgesehenen Nachunternehmerleistungen, sofern im Auftragsfall Teile des Auftrags als Unterauftrag an Nachunternehmen vergeben werden sollen (§ 36 VgV). 4. Eigenerklärung zu einer beabsichtigten Eignungsleihe, sofern zum Nachweis der Eignung die Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens in Anspruch genommen wird (§ 47 VgV). 5. Eigenerklärung, dass die Leistungserbringung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt, insbesondere durch wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen und dass keine Interessen bestehen, die im Widerspruch zur Ausführung des Auftrags stehen oder diese nachteilig beeinflussen könnten (§ 46 Abs. 2 VgV). 6. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 und § 124 GWB. 7. Eigenerklärung, dass die Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden- Württemberg (LTMG) erfüllt werden. 8. Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionen der EU gegen russische Unternehmen / Personen / Lieferanten (Auftragsverbot). 9. Eigenerklärung, dass das Unternehmen über den gesamten Leistungszeitraum über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in Höhe von mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden und mind. 0,5 Mio. Euro für Sachschäden verfügen. Die Schadensersatzleistung muss mindestens das Zweifache der Versicherungssumme pro Jahr betragen (§ 45 Abs.1 Nr. 3 und Abs. 4 Nr. 2 VgV). 10. Nachweis besondere Berufsqualifikation gemäß § 75 VgV (siehe Nr. III.2.1). 11. Angaben zum vorgesehenen Projektteam gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV (Name und Qualifikation der Projektleitung, Stellvertretende Projektleitung, Bauleitung). 12. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit Eignungsprüfung gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzobjekt

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Als geeignet werden Bewerber eingestuft, die ein Referenzobjekt gemäß den Mindestanforderungen erbracht haben. Vorgaben zu Mindestforderungen: 1) Eignungsprüfung des Büros allgemein: • Es handelt sich um eine Neubau- Sanierungs- oder Umbaumaßnahme eines Nichtwohngebäudes. • Referenzprojekt mind. in HZ II gem. § 56 HOAI eingeordnet. • Die Inbetriebnahme des Referenzobjektes ist zum Zeitpunkt der Bekanntmachung abgeschlossen und liegt nicht länger als 5 Jahre zurück. • Es wurden mind. die Leistungsphasen 2 - 3 und 5 - 8 vollständig selbst erbracht. • Vergleichbare Größenordnung (Kostengruppen 440, 450) mind. 30.000 € netto.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Beschäftigtenzahl

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Als prinzipiell geeignet werden Büros /
Bewerbergemeinschaften eingestuft, deren durchschnittliche Anzahl der fachbezogenen
Mitarbeitenden (inkl. Unternehmensleitung) im Bereich Planung der Technischen Ausrüstung
ELT in den Jahren 2022, 2023, 2024 und zum Zeitpunkt der Bekanntmachung mindestens 2
betragen hat. Nicht einzubeziehen sind freie und kaufmännische Mitarbeitende sowie
Praktikanten und Hilfskräfte.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Zuschlagskriterium 1: Referenzobjekte: Gewichtung 50% (50 Punkte)

Beschreibung: Referenzobjekt 1: 25 Punkte • Es handelt sich um eine Neubau-, Sanierungs-
oder Umbaumaßnahme eines Werkhofs oder Gewerbebetriebes • Referenzprojekt mind. in HZ
II gem. § 56 HOAI eingeordnet • Die Inbetriebnahme des Referenzprojektes ist zum Zeitpunkt
der Bekanntmachung abgeschlossen und liegt nicht länger als 5 Jahre zurück. • Es wurden
mind. die Leistungsphasen 2 – 3 und 5 - 8 vollständig selbst erbracht. • Vergleichbare
Größenordnung (Kostengruppen 440, 450) mind. 40.000 € netto 1 vergleichbares Objekt: 25
Punkte Referenzobjekt 2: 25 Punkte • Beauftragung durch öffentlichen Auftraggeber nach
GWB §99 • Referenzprojekt mind. in HZ II gem. § 56 HOAI eingeordnet • Die Inbetriebnahme
des Referenzprojektes ist zum Zeitpunkt der Bekanntmachung abgeschlossen und liegt nicht
länger als 5 Jahre zurück. • Es wurden mind. 4 aufeinanderfolgende Leistungsphasen (ab LPH
2) vollständig selbst erbracht. • Vergleichbare Größenordnung (Kostengruppen 440, 450)
mind. 30.000 € netto 1 vergleichbares Objekt: 25 Punkte Bewertung: In jeder Kategorie kann
nur ein passendes Referenzobjekt angegeben werden. Die maximale Punktzahl von 50
Punkten wird erreicht, wenn für jede Kategorie ein passendes Referenzobjekt angegeben
wurde. Doppelnennungen, auch mit dem für die Eignungsprüfung genannten Referenzobjekt,
sind möglich.

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Zuschlagskriterium 2: Honorarangebot: Gewichtung 50 % (max. 50 Punkte)

Beschreibung: Honorarangebot – Plausibilität/ Höhe des Honorarangebotes in Relation zum
günstigsten Honorarangebot (auf Grundlage des verbindlichen Honorarangebotes)
(Gewichtung 50%) Bewertung: Die Bewertung des Zuschlagskriteriums erfolgt nach folgender
Berechnungsformel: Die Bewertung des günstigsten Honorarangebotes erfolgt mit 50
Punkten. Die Bewertung der weiteren Honorarangebote erfolgt linear in Relation zum
günstigsten Honorarangebot: (günstigstes Honorarangebot / weiteres Honorarangebot) x 50
Punkte. Zwischenwerte werden auf eine Dezimalstelle interpoliert.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E38719927>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E38719927>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Angebote: 23/05/2025 11:30:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 6 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Teilnahmeantrag und das Preisblattformular zur Angebotsabgabe werden nicht nachgefordert.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 23/05/2025 11:30:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren ist nach § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen -GWB- unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nummer 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt. Auf die grundsätzlichen Regelungen zu Nachprüfungsverfahren in den §§ 155 - 184 GWB wird verwiesen.

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Schönau im Schwarzwald
Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00004459
Postanschrift: Talstr. 22
Stadt: Schönau
Postleitzahl: 79677
Land, Gliederung (NUTS): Lörrach (DE139)
Land: Deutschland
E-Mail: info@schoenau-im-schwarzwald.de
Telefon: +49 7673 8204-0
Internetadresse: <https://www.schoenau-im-schwarzwald.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium
Karlsruhe
Registrierungsnummer: 08-A9866-40
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 76137
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk-bwl.de
Telefon: +49 721 926-8730

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des
Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: c97fb067-2b8a-4afe-b408-f3cedfca7283 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 09/04/2025 13:49:50 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 235960-2025
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 72/2025

Datum der Veröffentlichung: 11/04/2025